

Deutschland.

Berlin, 18. Januar. Zwischen der preussischen und der oldenburgischen Regierung war unterm 29. Dezember 1857 ein Vertrag abgeschlossen worden, durch welchen die Ausübung der Postgerechtigkeit in dem von Preußen erworbenen westlichen Jagdgebiet dem Großherzogthum Oldenburg übertragen wurde. Da nunmehr der Uebergang der Postverwaltung für das ganze Gebiet des norddeutschen Bundes an Preußen vorbereitet wird, ist auch dieser Vertrag von der preussischen Regierung gekündigt worden. — Im Verfolg der am 20. September v. J. erfolgten Ordensverleihung steht jetzt eine weitere Ordensverleihung in großem Umfange, namentlich für die beim Kriege gezeigten hervorragenden Dienstleistungen der Militär-Ärzte und Beamten bevor. Das Verzeichniß der Deforirten fällt geschrieben ein ziemlich starkes Heft in Folio. Den schon deforirten Militär-Ärzten ist auch häufig die Verleihung des Schwerter zu den Orden zu Theil geworden als Anerkennung des im Dienst bewiesenen persönlichen Muthes, eine gewis sehr gerechte Gnadenbezeugung, da das passive Aushalten der Nichtkombattanten in dem Kugelregen oder in der Gefahr der Epidemie eine weit größere Charakterstärke oft erfordert, als die aktive Betheiligung am Gefechte. — Das Marine-Departement des Kriegs-Ministeriums hat beschlossen, eine Anzahl See-Offiziere zur Industrie-Ausstellung nach Paris reisen zu lassen, in der Voraussetzung, daß auch durch Ausstellung auf das Marinewesen bezüglicher Gegenstände Gelegenheit zur Einsammlung nützlicher Erfahrungen im Marinewesen sich darbieten werde. Einem derartigen Kommando dürften sich die Herren See-Offiziere wohl recht bereitwillig fügen, andererseits ist dieser Beschluß ein erfreulicher Beweis, wie sorgsam jede Gelegenheit zur Ausbildung unserer jungen Marine benutzt wird.

Berlin, 18. Januar. Sr. Maj. der König empfing gestern Vormittag Sr. Durchl. den Prinzen Adolph zu Hohenlohe-Ingelfingen, den General der Kavallerie v. Ortelshelm, den Kommandanten von Luxemburg, General v. Hanneken etc. und arbeitete dann mehrere Stunden mit den Generälen v. Podbielski und v. Stosch in Stellvertretung des Kriegeministers v. Roon und dem Chef des Militär-Kabinetts v. Trechow. Nach einer Ausfahrt hatte der Minister-Präsident Graf Bismarck Vortrag und begaben sich alsdann J. M. der König und die Königin nach Charlottenburg zum Diner bei J. Maj. der Königin Wittve. Nach dem Schluß des Theaters, Abends 9½ Uhr, fand im R. Palais, unter Leitung des Hof-Kapellmeisters Taubert, Soirée musicale statt, in welcher die Damen Arndt und Harries-Wippner und die Herren Bep und Niemann mitwirkten.

Die Regierung ist, wie wir aus guter Quelle erfahren, mit dem neuen Ministerpräsidenten in München, dem Fürsten Hohenlohe, bereits in nähere Beziehungen getreten, welche der Hoffnung auf eine für Preußen und Bayern gleich wünschenswerthe freundliche Stellung der beiden Länder zu einander wesentlich Vorschub leisten. Zwar darf man nicht erwarten, daß eine Verhandlung über intimen Anschluß oder über eine formelle Allianz schon in nächster Zeit gepflogen werde; allein die wohlwollende Gesinnung des Fürsten Hohenlohe wird dennoch nicht unbenutzt bleiben, und die Frucht der Annäherung dürfte, neben einer festeren Einigung über Gemeinlichkeit der Defensiv, falls vom Auslande deutsches Land bedroht werden sollte, in der Anbahnung mehrerer den materiellen Interessen beider Länder förderlicher Spezialverträge zu erwarten sein.

Die diesjährigen Truppenübungen werden, wie die „Stett. Ztg.“ erzählt, in einem sehr beschränkten Maße stattfinden. Größere Exercitien (sogenannte Korpemanöver) sollen nur in dem Bezirke eines der neu formirten, noch näher zu bezeichnenden Armeekorps abgehalten werden (wie verlautet in Kurhessen), wobei die Anwesenheit des Königs in Aussicht gestellt wird. Bei allen übrigen Armeekorps finden nur Uebungen im Divisionsverband und unter Zuziehung von Artillerie statt, zu deren Theilnahme Landwehr-Offizier-Kandidaten aller Waffen zu beordern sind. Im Uebrigen soll mit Rücksicht auf den vorjährigen Krieg ein sonstiges geschlossenes Zusammentreffen der Landwehr-Infanterie, Kavallerie, Artillerie etc. überall für dieses Jahr nicht stattfinden.

Die Ordnung der Feierlichkeiten beim Krönungs- und Ordensfeste am 20. Januar ist folgendermaßen festgestellt: Einladung der neu zu ernennenden Ritter am 9½ Uhr. Versammlung in der ersten braunschweigischen Kammer. Deforirung in der zweiten braunschweigischen Kammer um 10 Uhr. Versammlung der im Jahre 1866 deforirten Personen um 10½ Uhr, und zwar: 1) Derjenigen, welche den Johanniter-Orden erhalten haben, in dem Königs-Zimmer; 2) der mit dem Kronen-Orden Deforirten in der roten Kammer; 3) Derjenigen, welche den Rothen Adler-Orden erhalten haben, in der brandenburgischen Kammer; 4) der Inhaber des Militär-Ehrenzeichens erster und zweiter Klasse und der Inhaber des Allgemeinen Ehrenzeichens und der Rettungs-Medaille, in der zweiten Vorzimmer vom Schweizer-Saale aus; ferner der als Deputirte zur Proklamation eingeladenen älteren Ritter und Inhaber im Ritter-Saale. Proklamation der Allerhöchst besoldeten Ordens-Berleihen im Ritter-Saale gegen 11 Uhr. Insofern die königlichen Prinzen königliche Hoheiten nicht schon zur Proklamation erscheinen wollen, ist die Einladung der höchsten Herrschaften gegen 11½ Uhr und Versammlung im Kurfürsten-Zimmer. Versammlung der Hofstaaten gegen 11¼ Uhr in der höchsten Gallerie. Sr. Majestät der König werden um 11½ Uhr und Ihre Majestät die Königin werden nach 11¼ Uhr im Kurfürsten-Gemach erscheinen. Präsentation der im Jahre 1866 ernannten Ritter und Inhaber, und zwar: 1) der mit dem Rothen Adler-Orden Deforirten in der brandenburgischen Kammer; 2) der mit dem Kronen-Orden Deforirten in der roten Kammer; 3) der Ehrenritter des Johanniter-Ordens im Königs-Zimmer; 4) der Inhaber von Ehrenzeichen und Rettungs-Medallien einschließlich der

neu ernannten Inhaber, in der zweiten Vorzimmer vom Schweizer-Saale aus, von 11¼ bis 11½ Uhr. — Nach der Präsentation der vorbestimmten Ritter und Inhaber von Orden und Ehrenzeichen werden Sr. Majestät der König nach dem Kurfürsten-Zimmer zurückkehren, um sich demnach zur Vorstellung der neu ernannten Ritter des Rothen Adler-Ordens, des Kronen-Ordens etc., mit Ihrer Majestät der Königin und begleitet von den Prinzen und Prinzessinnen königlichen Hoheiten nach dem Ritter-Saale, woselbst von 11¼ bis 12 Uhr die Cour stattfindet, und dann zur Kapelle zu begeben. Gottesdienst nach 12 Uhr. Nach dem Gottesdienst begeben sich die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften nach dem Kurfürsten-Zimmer zurück und von dort nach erfolgter Anmeldung, unter Anschluß der im königlichen Gemach die Allerhöchsten Herrschaften erwartenden, nicht zum Gefolge gehörenden Fürstlichkeiten, so wie der Chef der hiesigen Missionen und Gesandtschaften und der Ritter des hohen Ordens vom Schwarzen Adler, denen sich die Damen anreihen, in den Weißen Saal zum Diner nach 1 Uhr.

Die preussische Regierung hat durch ihren Gesandten Grafen Verpougen dem Haager Kabinet offiziell mitgetheilt, daß sie beschließen habe, der Anforderung Belgiens zu folgen, welcher mit einem französischen und einem englischen Ingenieur eine Untersuchung anstellen soll, inwiefern die Arbeiten, welche von niederländischer Seite an der Oester-Schelde ausgeführt werden, auf die Schifffahrt Einfluß ausüben.

Berlin, 17. Januar. (Herrnhäuser.) 20. Sitzung. In der heutigen Plenar-Sitzung des Herrenhauses waren die Minister Graf Eulenburg, v. Selchow und Graf zur Lippe, sowie mehrere Regierungs-Kommissare erschienen. Der Präsident Graf Stolberg eröffnete die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten mit den gewöhnlichen geschäftlichen Mittheilungen. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort der Minister des Innern Graf Eulenburg: In Folge Allerhöchster Ermächtigung habe ich die Ehre, dem hohen Hause einen Gesetzentwurf vorzulegen, betreffend die Aufhebung des Einzugsgeldes als Kommunalabgabe, welche zur Zeit noch in den Städten zum Nachtheil der ländlichen Gemeinden besteht. Es wird danach die letzte Schranke fallen, welche noch in den östlichen Provinzen gegen die Freizügigkeit besteht. Ich bitte nur, die Verabreichung so zu beschleunigen, daß die Entscheidung über dies Gesetz noch in dieser Session erfolgen kann.

Die Vorlage geht an eine befondere, noch zu wählende Kommission von 15 Mitgliedern. Dann tritt das Haus in die Tagesordnung. Der erste Gegenstand ist die Verabreichung eines Vorstufungsgesetzes für Neu-Borpmund und Wigen. — Der Berichterstatter Dr. Lehmann empfiehlt den Antrag der Kommission in kurzen Worten, welcher nur eine geringe Abänderung in §. 3 enthalte. Das Gesetz habe bereits im vorigen Jahre dem Hause vorgelegen, wurde aber damals wegen mangelhafter Bestimmungen abgelehnt. Jetzt empfiehlt die Kommission die Annahme der Vorlage. — Minister v. Selchow: Meine Herren! Der Herr Referent hat Ihnen bereits angeführt, aus welchen Gründen der Gesetzentwurf, welcher Ihnen im verflochtenen Jahre von der Staatsregierung vorgelegt, nicht angenommen worden ist. Jetzt hat Ihnen die Staatsregierung einen neuen Gesetzentwurf vorgelegt, und in demselben die Wünsche dieses Hauses, sowie auch der Agrar-Kommission des anderen Hauses und auch der betreffenden landwirtschaftlichen Vereine berücksichtigt. Die Kommission des hohen Hauses hat auch an dem Gesetzentwurf keine Beanstandung gefunden und nur in Betreff des §. 3 eine Abänderung vorgeschlagen, zu welcher sich die Regierung vollkommen entschließen kann. Ich empfehle Ihnen die Annahme der Vorlage. — Die General-Diskussion ist geschlossen. Zu §. 1 verweist bei der Spezial-Diskussion Hr. v. Klugow auf die vielfache Deutung, welche der Ausdruck Polizei-Behörden erfahren könne. Nach einer kurzen Entgegnung des Referenten Dr. Lehmann wird dieser Paragraph, sowie §§. 2 bis 13 ohne Diskussion angenommen. Bei §. 14 hebt Hr. Hasselbach hervor, daß in dem Gesetz eine Bestimmung über das Verhalten dem Militär-Einsatz gegenüber vorhanden sei. Er wolle keinen Antrag stellen, aber dieses Bedenken doch hier hervorheben. Nach kurzer Erwiderung des Regierungs-Kommissars, daß diese Angelegenheit geregelt sei und nach kurzen Bemerkungen der H. H. Deeg und Dr. Lehmann wird dieser Paragraph, sowie die übrigen Paragraphen des Gesetzes ohne jede Diskussion angenommen. Es folgt die Verabreichung des Gesetzes, betreffend die Einführung der Klassensteuer an Stelle der Wahl- und Schlachtsteuer in der Stadt Wittstock. Nachdem der Berichterstatter Dr. v. Katte die Annahme des Gesetzes in kurzen Worten empfohlen, macht Herr Hasselbach auf einen Irrthum in dem Bericht aufmerksam. Dann wird auch dieser Gesetzentwurf angenommen. — Es folgt die Verabreichung des Gesetzes, betreffend die Regelung der Steuern in dem Fürstenthum Hohenzollern-Niederrhein. Die Kommission empfiehlt Annahme des Gesetzes, wie es aus dem Abgeordnetenhaus hervorgegangen, jedoch mit Wiederherstellung des dort gestrichenen §. 5 der Regierungsvorlage. Der Referent Hr. v. Senft-Pilsach bekräftigt in wenigen Worten diesen Antrag. Von Herrn Dr. Dernburg ist ein Amendement gestellt, hinter §. 5 einen §. 6 einzufügen, welcher nur unter gewissen Bedingungen die Steuerbefreiung gestatten will. Die §§. 1—4 werden ohne Diskussion genehmigt; zu §. 5 erhebt das Wort Hr. v. Bernath, um gegen den Antrag der Kommission die fernere Streichung dieses Paragraphen zu bekämpfen und sucht die Aufhebung der Grundsteuerbefreiung aus einer Erklärung des früheren Landesherren zu beweisen. — Justizminister Graf zur Lippe erklärt, daß die Regierung auf Grund der geschlossenen Staatsverträge nicht in der Lage sei, den §. 5 des Gesetzes fallen zu lassen. — Prof. Dernburg verteidigt das von ihm eingebrachte Amendement, welches eine Ausgleichung versucht. Nach seiner Ansicht liegt nur eine Privatrechtsfrage vor, zu deren Beurtheilung das Haus nicht genügend informiert sei. — Dr. v. Senft-Pilsach verteidigt nochmals den Kommissionsantrag. Der Gesetzentwurf sei auf Grund der Begünstigung der hierzu autorisirten Gemeindevertreter ausgearbeitet; diesem amtlichen Organ müsse doch mehr Glauben beigemessen werden, als den vorliegenden Petitionen.

An der weiteren Debatte, die sich hauptsächlich um Rechtsansichten dreht, betheiligen sich die Herren Hasselbach, v. Kleist-Regow, Dr. v. Bernmann, Dr. von Dernburg, der Hr. Justizminister Graf zur Lippe und der Regierungs-Kommissar Geh. Finanzrath Burgart. Nachdem der Referent von Senft-Pilsach nochmals den Kommissionsantrag empfohlen, sowie die Ablehnung des v. Dernburg'schen Amendements bekräftigt, wird §. 5 des Gesetzes mit dem Amendement Dernburg angenommen, ebenso auch die übrigen Paragraphen des Gesetzes. Ueber das Amendement Dernburg wird in der nächsten Sitzung nochmals abgestimmt werden. Dann wird die Sitzung um 3¼ Uhr geschlossen. Nächste Sitzung unbestimmt, wahrscheinlich Sonnabend 12 Uhr.

(Abgeordnetenhaus) 54. Sitzung. (Schluß aus dem heutigen Morgenblatt.) Abg. Westert: Die Verweigerung der Diäten ist die Einführung eines Censur, der die arbeitenden Klassen benachtheiligt. Ich bin nun allerdings gegen jeden Censur bei Ausübung der staatsbürgerlichen und politischen Rechte, möchte aber doch noch lieber einen Censur für Ausübung des aktiven, als des passiven Wahlrechts, denn dieser ist viel ungerechter und hat viel nachtheiliger Folgen. Einen wie großen Einfluß auf die Gesetzgebung ein solcher Censur hat, sehen wir am deutlichsten am

Beispiele Englands, wo die Gesetzgebung in Folge davon, daß dieselbe lediglich in den Händen der besitzenden Klassen war, außerordentlich rückwärts gegen die ärmeren Klassen, gegen die arbeitenden Klassen ist und erst in neuerer Zeit sich nach und nach davon frei zu machen sucht. In England war die Vertretung des Volkes lange Zeit eine Vertretung der hochadligen Klassen, Männer von Talent konnte man dabei sehr finden; da man solche aber für nützlich hielt, suchten sie die hochadligen Klassen aus den übrigen Klassen und bezahlten sie; dies hat man in England nie für unanständig gehalten. Dies könnten wir vielleicht auch; wir könnten ja auch von der Partei Männer bezahlen lassen. Ich halte dies aber nicht für wünschenswerth und nicht für möglich, denn es führt eine Schädigung der Freiheit und Selbstständigkeit der Mitglieder des Parlaments herbei. Wir können auch die Beamten im Parlamente nicht entbehren. Sehen Sie sich doch einmal unsere Verhältnisse an. Die meisten größeren Arbeiten in der Volksvertretung werden von Männern gemacht, die entweder noch Beamte sind, oder aus der Beamtenlaufbahn hervorgegangen sind. Die Meinung des Hrn. v. Flettwell, daß in unserem kurzen Verfassungsleben die besitzenden Klassen die Beamten in der Volksvertretung schon überflüssig gemacht hätten, scheint doch wohl nicht richtig zu sein; wenigstens ist das preussische Volk anderer Meinung, denn sonst würden nicht so viel Beamte hier sitzen. Auch für das jetzt zu berufende Parlament sind Beamte zulässig, was schon durch die Bestimmung des Reichswahlgesetzes ausgedrückt wird, daß dieselben keines Ablaßes zum Eintritt in das Parlament bedürfen. — Wie schlimm es bei uns mit der Wahl steht, wenn keine Diäten gezahlt werden, können Sie schon daraus sehen, daß damals, als noch zur ersten Kammer gewählt wurde, es sehr schwer hielt, überhaupt Kandidaten zu finden. — Bei der Verabreichung des Wahlgesetzes habe ich allerdings gegen das Amendement, betreffend die Zahlung der Diäten, gestimmt, weil ich der Ansicht war, daß dies nicht ins Wahlgesetz gehöre, und weil ich es für politisch nicht nützlich hielt, das Zustandekommen des ganzen Gesetzes gerade durch die Diätenbestimmung in Frage zu stellen. Seit der Zeit haben nicht wenige der norddeutschen Bundesstaaten beschlossen, ihren Vertretern Diäten zu zahlen; ich meine Oldenburg, Weimar, Koburg-Gotha, Meiningen, Hamburg. Wenn nun der Herr Reg.-Kommissar meint, daß durch die Diäten-Bestimmung der ganze Charakter des Parlaments afficirt werden könnte, so ist dies um so mehr Grund für uns, darauf zu bestehen, daß Diäten gezahlt werden.

Abg. Schulze (Berlin): Das uns vorliegende Gesetz verlangt nichts weiter, als daß den in Preußen gewählten Abgeordneten für den Reichstag Diäten gezahlt werden. Andere Staaten des norddeutschen Bundes sind uns damit schon vorausgegangen, und ich sollte meinen, daß der preussische Staat wohl eben so berechtigt ist. Es ist aber nöthig, daß die Sache jetzt schon entschieden wird, damit die preussischen Abgeordneten denen der anderen in dieser Beziehung ebenfalls gleich stehen und es ist sehr wichtig, daß die Frage schon vor den Wahlen zum Austrag kommt, damit die Regierung ihre Absicht kund giebt, ob sie das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht auch in allen seinen Konsequenzen durchführen oder ob sie es an gewisse Modifikationen und Einschränkungen knüpfen will. Durch die Verweigerung der Diäten wird das Prinzip der passiven Wahlbarkeit angefaßt; das Antaßen der passiven Wahlbarkeit ist aber das Antaßen des allgemeinen direkten Wahlrechts selbst, denn das Hauptverlangen dieses Wahlrechts ist, daß man wählen kann, wen man will. Wenn Sie aber die Diäten verweigern, so nehmen Sie mit der einen Hand wieder, was Sie mit der andern geben. Graf Bethusy-Huc hat mich nun wegen meiner Forderung der Diäten in Widerspruch zu setzen geglaubt mit meinem wirtschaftlichen Standpunkte, den ich übrigens nicht allein vertritt, sondern die ganze neuere Schule. Er meint, das laisset faire werde gefährdet durch die Diätenzahlung. Ich möchte ihm dabei zu bedenken geben, daß gerade der Hauptgrund dieser Schule heißt: „Leistung gegen Leistung“, und dieser bedingt Diäten; allerdings müßten die Diäten, wenn man die wirklichen Leistungen der Abgeordneten bezahlen wollte, wohl höher bemessen werden; man giebt ihnen aber wenigstens die Möglichkeit dadurch, ihre Arbeitsfähigkeit zu entwickeln. — Den Zweck, die Beamten ganz auszuscheiden, werden Sie durch die Diätenverweigerung nicht erreichen, sondern Sie schließen nur einzelne Klassen davon aus. Sagen Sie doch lieber geradezu: „Sie wollen einen Censur“; sagen Sie aber doch nicht, daß Sie das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht wollen. — Mit dem Herrn Abg. v. Flettwell muß ich mich nun schließlich noch etwas spezieller beschäftigen. Er hätte sich alle seine Worte ersparen können; wenn er vorher als Kollege mit mir Rücksprache genommen hätte, ich hätte ihn dann eines Besseren belehren können. Herr von Flettwell meint also, daß ich mich früher im Widerspruch mit dem allgemeinen direkten Wahlrecht befunden und dies in einer Rede vor den Arbeitern ausgesprochen habe. Die Rede, die ich vertrete, ist glücklicherweise im Lande und außerhalb des Landes allgemein bekannt; in hunderten von Versammlungen habe ich mich darüber ausgesprochen und vielfach darüber geschrieben. Wer also etwas darüber wissen will, hat Stoff genug, es zu erfahren. Ich meinerseits möchte mich sehr bedanken, ehe ich von Jemandem, der seine Ansichten schriftlich niedergelegt hat, das Gegentheil ausspreche, sondern ich würde mich gerade als Mitglied des preussischen Abgeordnetenhaus verpflichtet halten, vorher mich genau darüber zu orientieren, ehe ich solche Ansichten ausspreche, die doch Niemand glaubt, der überhaupt dergleichen Dinge kennt. Der Vortrag, den Herr v. Flettwell meint, ist nun auch gedruckt und es ist ein Exemplar davon in der Bibliothek des Hauses. Da heißt es nun auf S. 97 u. A.: „Ostet und barret nicht auf den Staat, der kann Euch nicht helfen. Was Ihr vom Staat verlangen könnt, ist: 1) Gleichheit vor dem Gesetz und das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht. (Hört, hört!) Ich habe dies also schon damals als ausdrückliche Forderung aufgestellt und ich hielt das schon damals als die beste Garantie der besitzenden Klassen gegen die soziale Gleichmacherei, die für alle Staatsangehörigen gleichmäßig vertheilt sein würde. Wenn nun Herr v. Flettwell schließlich überhaupt gegen die Wahlbarkeit der Beamten ist, so hätte er allerdings Recht, wenn alle Beamten auf solchem Standpunkte ständen, wie er; dann hätte auch ich nichts dagegen, daß von einer Vertretung der Beamten und Zulassung derselben zum Reichstage keine Rede wäre. (Lebhafter Beifall links). — Der Schluß der Debatte wird angenommen. — Abg. Dr. Paur bekräftigt als Antragsteller seinen Antrag. Der Grund, aus dem sich die Staatsregierung bei der Verabreichung über das Wahlgesetz gegen die Diätenzahlung erklärte, die Rücksicht auf die norddeutschen Bundesstaaten, ist weggefallen, nachdem viele derselben für ihre Vertreter Diäten bewilligt haben. — Referent v. Foverbed vertheidigt auf das Wort. — Referent Graf Bethusy-Huc bekräftigt nochmals seinen Antrag auf Ablehnung des Gesetzes und wendet sich gegen mehrere Ausführungen der Abgg. Löwe, Treppen und v. Foverbed. Freiheit der Wahl und Diätenzahlung sei keineswegs identisch. — Nach persönlichen Bemerkungen wird der Antrag des Dr. Paur in namentlicher Abstimmung mit 178 gegen 106 Stimmen angenommen. (Dafür die liberalen Fraktionen, Polen, Katholiken und einige Konservative, wie Graf zu Dohna, Holzapfel, Jakob von Wangelin, Strofer, von den Allliberalen Graf Schwerin, Lette, Dagum; dagegen die Konservativen, von den Allliberalen beide Binde's.)

Es folgt die Schlussberatung über den Gesetzentwurf des Abg. Laaker zur Aufhebung der Beschränkungen des gesetzlichen Zinsfußes für Immobilien. Der damit in Verbindung stehende gleichartige Gesetzentwurf des Abg. v. Bethmann-Hollweg wird von demselben zurückgezogen. Zuerst erhält das Wort:

Abg. Graf Henrich, welcher für die Genehmigung des Entwurfs spricht, der Immobilien-Kredit soll dieselbe Emanzipation erhalten, als der Mobil-Kredit. Die modernen Don Quixoten, die die Windmühlensflügel der wirtschaftlichen Entwicklung anhaften wollen, werden, wenn sie

dagegen anstürmen, ebenso entnächst und geschlagen zurückgehen, wie jener Ritter von der traurigen Gestalt (Sehr gut!) Das Bedürfnis der Aufhebung der Zinsbeschränkungen läßt sich nicht länger aufheben und die schwärmerische Liebe des Justizministers für die Hypotheken-Reform bedarf vielleicht noch länger Zeit, ehe sie dem Hause die Ehepaare vorlegt. (Beifall. Heiterkeit.) Mir scheint der vielversprechende Entwurf immer mehr die Gestalt der Seeschlange anzunehmen, um die Kunstpausen der gesetzgeberischen Thätigkeit auszufüllen. (Heiterkeit.) Deswegen muß dies Haus das ebenso in die Hand nehmen, wie die Reform des Bankwesens. — Abg. v. Wobemeyer (gegen den Gesetzentwurf): Die Einführung der Wucherfreiheit hat die Lage des Grundbesitzes noch verschlimmert und wir suchen die Abhilfe dagegen auf anderem Wege, als dadurch, daß wir an dieser Freiheit partizipieren. Entsetzen Sie, wenn Sie helfen wollen, nicht bloß das Kapital, sondern auch den Grundbesitz! Schaffen Sie erst Freiheit der Erbgesetzgebung, wie in England, damit der Grundbesitz nicht bei jedem Erbange in die Hände des Kapitalisten fällt und üben Sie gemeinsam mit uns den nötigen Druck auf den Herrn Justizminister aus, damit die Reform der Hypotheken-Ordnung, mit der er sich schon seit 9 Jahren beschäftigt, endlich an's Tageslicht komme! — Regierungs-Kommissar Friedberg: Ein solches Drängen bedarf mein Herr Chef nicht, vielmehr wird die betreffende Vorlage schon in der nächsten Session an den Landtag gelangen. Auch wird er das norddeutsche Parlament nicht als Obligatorien bezeichnen, um die verheißene Reform zu verzögern. Eben so wenig wird er sich durch die Argumentation des Herrn Vorredners irre machen lassen, daß die Hypotheken nicht Darlehen, sondern Rentenbriefe sein sollen. Die Regierung ist mit §§. 1 und 2 des Gesetzentwurfes einverstanden, nicht mit §. 3, aus Gründen der Konvenienz und aus materiellen Gründen. Den Entwurf im Ganzen hat sie gern gelesen, aber sie hält es nicht für angemessen, durch Annahme des §. 3 ein kaum publiziertes Gesetz wieder zu ändern. Dies Gesetz machte allerdings einen großen Sprung, wie die Gegner sagen, aber es ging ohne die gesuchte Erleichterung bei uns wie im Königreich Sachsen ab. — Abg. v. Ederstein für den Gesetzentwurf.

Die allgemeine Diskussion wird geschlossen und es erhalten nur noch der Antragsteller und der Referent das Wort. — Regierungs-Kommissar de la Croix: Die Beseitigung des §. 3 des Entwurfs würde seine Annahme im Herrenhause erleichtern. — Berichterstatter Graf Renard erklärt sich ebenfalls und aus demselben Grunde gegen §. 3.

Das Haus geht zur Spezial-Diskussion über. Bei §. 1 erinnert Abg. Wagners daran, daß England die Beschränkung für den Hypotheken-Zinsfuß festgehalten hat und verlangt nur Hypotheken-Obligationen in der rechten Form, um ihre Zirkulation auf dem Geldmarkte zu erleichtern.

Der Präsident verliest zwei so eben eingegangene Amendements zu §. 1 und 3 der Abgeordneten Grafen v. Kleist und Bethusy-Buc. — Abg. Graf Schwerin fragt an, ob es bei der Wichtigkeit der Sache nicht angemessen sei, die Sitzung zu vertagen und das Haus tritt endlich um 4 Uhr dieser Ansicht bei. — Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. (Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen.)

Der §. 3 des Gesetzentwurfs des Abg. Pasker lautet: Das Recht des Schuldners, ein Darlehen, für welches mehr als sechs Prozent Zinsen oder Konventionalstrafe verabredet sind, jederzeit, auch wenn eine spätere Zahlungsfrist verabredet worden ist, zu kündigen und nach Ablauf einer dreimonatlichen Frist zurückzugeben. — §. 1 Alinea 2 der Verordnung über die vertragmäßigen Zinsen vom 12. Mai 1866 wird hierdurch aufgehoben.

Ausland.

Prag, 14. Januar. Der Staatsminister Graf Belcredi hat den Czechomanen eine heisersehnte Freude bereitet: er hat (und zwar ganz motu proprio) die Erlaubnis erteilt, daß die Prager Bürgerkorps auf czechisch kommandiert werden.

Paris, 15. Januar. (Post.) Uebermorgen wird der Staatsrath sich versammeln, um zur definitiven Redaktion des modifizierten Armeereorganisations-Projekts zu schreiten. — Das Budget betreffend, hat der Staatsrath nur noch die Vorträge zweier Minister zu hören. Man glaubt, daß die Prüfung und Feststellung des Budgets Ende der Woche beendet sein und sodann die Einberufung des gesetzgebenden Körpers im „Moniteur“ erscheinen wird. — Donnerstag werden die Mitglieder der Opposition sich zu einer Besprechung bei Herrn Thiers versammeln. — Morgen sollen zu Vincennes die beiden Garde-Vollregiere, des Mordes der Wirtshaus-Familie zu Neuilly überführt, erschossen werden. Das Regiment, in Garnison zu Versailles, zu welchem einer der Mörder gehörte, ist „ad hoc“ nach Vincennes beordert.

Pommern.

Stettin, 18. Januar. In der gestrigen Versammlung des Bürger-Vereins ehten die Anwesenden auf Anregung des Herrn Vorsitzenden das Andenken des verstorbenen Mitgliedes, Mechanikus Schulz, durch Erheben von ihren Sichen. — Von dem Herrn Marcuse ist der Antrag gestellt worden, eine Besprechung über die bevorstehende Oberbürger- und Bürgermeisterwahl eintreten zu lassen. Der Vorsitzende hält eine öffentliche Debatte in Rücksicht darauf, daß in derselben die Personenfrage doch unbedingt vermieden werden müsse, für äußerst schwierig, die Herren Sell und Pfaff sind ebenfalls gegen eine derartige Debatte, wegen der Herren Prust, Troschel und Weyher sich dafür aussprechen, daß Herrn Marcuse gestattet werde, seinen Antrag näher zu motiviren, wenngleich demselben dabei im Allgemeinen empfohlen werden müsse, Persönlichkeiten zu vermeiden. Nachdem durch Majoritätsbeschluss ausgesprochen, daß Herr Marcuse gehört werden soll, versucht dieser, seine Ansichten — die indessen wenig allgemein verständlich waren — näher darzulegen, wonächst Herr Krumpholtz sich dahin ausspricht, daß der Verein gewiß berufen erscheine, wie in anderen kommunalen Angelegenheiten, so auch hier in Rücksicht auf die große Wichtigkeit der Sache seine Ansichten offen darzulegen und durch sein Votum auf die Stadtverordneten einzuwirken. Andererseits wird indessen geltend gemacht, daß die Debatte doch erfolglos bleiben werde, wonächst der Gegenstand verlassen wird. — Herr Weyher bringt, gestützt auf die von ihm in der Eigenschaft als Kontrolleur des Jahrmarktslandgeldes während des letzten Herbstmarktes gesammelten Erfahrungen, die Uebelstände zur Sprache, welche aus der Abhaltung des Marktes in der Neustadt in Folge des dort herrschenden Zuges und der Kälte für Verkäufer und Käufer erwachsen sind, dabei bemerkend, daß einzelne Gewerbetreibende erklärt hätten, den Markt dort künftig nicht mehr besuchen zu wollen. Er hält den grünen Paradeplatz, auf dem drei Budenreihen bequemen Platz hätten, für viel besser zum Marktplatz geeignet, hofft, daß die Militärbehörde bei der jetzigen kurzen Dauer des Marktes gegen die Benutzung des Platzes zum Markt nichts einzuwenden haben werde und erbittet einen Beschluss darüber, ob es nicht rathsam erscheine, eine Deputation zu wählen, welche zunächst dem Hrn. Kommandanten das Sachverhältnis vortrage und seine Zustimmung zur Benutzung des Paradeplatzes erbittet. Hr. Sell erklärt, daß die Militärbehörde sich in Unterhandlungen mit dem Verein gar nicht einlasse, man müsse sich vielmehr an die städtische Behörde wenden; Hr. Pfaff meint, daß sich die geschilderten Uebelstände in der Neustadt durch die Aufstellung von zwei Reihen Buden wohl vermeiden ließen, wobei Hr. Weyher bemerkt, daß die Sache, wenn der Paradeplatz wirklich benutzt, sich

nm nichts bessern werde. Hr. Pfaff weist darauf hin, daß man sich wegen einer Verlegung des Marktes nur an die Polizeibehörde als richtige Instanz wenden könne. Schließlich wurde nach dem Antrage des Hrn. Krumpholtz die Vertagung der Sache beschlossen, um erst die Resultate des diesjährigen Frühjahrsmarktes kennen zu lernen. — In einem dem Fragekasten entnommenen Schriftstücke wird mit Bezug auf die jetzige Einrichtung, daß die Hunde zur möglichststen Vermeidung einer Weiterverbreitung der Tollwuth am Leisfel geführt werden müssen, darauf hingewiesen, daß in anderen großen Städten die jedenfalls zweckmäßigere Vorschrift bestehe, die Hunde während einer solchen Zeit mit Maulkörben zu versehen und gebeten, bei der königlichen Polizeidirektion hier die Einführung einer gleichen Maßregel zu beantragen. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, es lediglich der Polizeibehörde zu überlassen, welche Anordnungen sie als zweckmäßig erachte.

Der von uns schon mehrfach erwähnte Kaufmann Oscar Wolff stand heute wieder einmal unter der Anklage des Betruges vor der Abtheilung für Strafsachen. Wie dies bei ihm Regel ist, hatte er unter der Vorspiegelung, daß er am hiesigen Plage ein kaufmännisches Geschäft betreibe und sich in guten Verhältnisse befinde, von einem auswärtigen Gerbermeister Leder im Werthe von 65 Thalern zu erschwindeln gewußt, war aber seiner Zeit selbstredend vollständig außer Stande gewesen, die empfangenen Waaren zu bezahlen. Er wurde des Betruges für schuldig erachtet und zu einem Jahre Gefängnis, sowie 200 Thaler Geldbuße und zweijähriger Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt.

Am Dienstag den 19. Februar tritt der 38. Kommunal-Landtag von Altpommern hier zusammen.

Der Pastor Mallisch ist in sein neues Amt, Parochie Zamborff, Synode Rapsbuh, eingeführt.

Der bisherige Gymnasial-Hülfslehrer und Predigtamt-Kandidat Hoffmann ist zum Pfarrverweser für das Diakonat in Rummelsburg und das mit demselben verbundene Pfarramt von Falkenhagen und Reinfeld bestellt worden.

In Pencun ist Carl Lehmann als sechster Lehrer unter Vorbehalt des Widerrufs angestellt.

Se. Majestät der König hat, in Verfolg der Allerhöchsten Decree vom 20. September v. J., unter dem 15. d. M. noch einer großen Anzahl von Offizieren, Militär-Beamten, Aerzten und Soldaten Auszeichnungen zu verleihen geruht, von welchen wir die des 2. Armeekorps hier folgen lassen:

Kieds, Intendant, Geh. Kriegsrath, den Kronen-Orden 3. Kl. — Bergmann, Intendanturath, den Rothen Adlerorden 4. Kl. — Buchholz, Intendant, Rechnungsrath, Berner, Provinzialmeister, Hirsch, Kriegszahlmeister, den Kronenorden 4. Kl. — Belobungen: Die Intendantur-Sekretäre Fahrenholz, Fromm und Bock, der Rentant Scharff II. vom Feld-Haupt-Probantamt, die Probantamt-Kontroleure Franke und Krüger. — Stad der 3. Inf.-Div.: Brunn, Intendantur-Assessor, den Kronenorden 4. Kl. — Stad der 4. Inf.-Div.: Dietrich, evangelischer Divisions-Prediger, Assmann, katholischer Divisions-Prediger, den Rothen Adlerorden 4. Klasse. — Heischel, Intendantur-Assessor, den Kronenorden 4. Kl. — Referent-Artillerie des 2. Armeekorps: Merleler, Intendanturath, den Rothen Adlerorden 4. Kl. — Belobungen: der Probantamt-Kontrolleur Rehbein. — Gren.-Reg. König Friedrich Wilhelm IV. (1. pomm.) Nr. 2: Graf v. Schlippenbach, Hauptmann, jetzt Major im Generalstabe der 3. Div., v. Harder, Hauptmann, den Rothen Adlerorden 4. Kl. m. Schw. v. Danzbar, Pr.-Lieut., jetzt im Inf.-Reg. Nr. 75, die Schwerter zum Rothen Adlerorden 4. Kl. v. Brandenburger IV., Sel.-Lt., den Rothen Adlerorden 4. Kl. mit Schw. — 4. pomm. Inf.-Reg. Nr. 21: Giesebeim, Ober-Stabs- u. Reg.-Arzt, den Rothen Adlerorden 4. Kl. m. Schw., Witbe, einjähr. freiw. Arzt, das Allg. Ehrenzeichen am Bande des Rothen Adlerordens mit dem schwarzen Streifen. Unteroffizier und Lazarethgehilfe Braun, Lazarethgeh. Maj.-Sergeant und Ober-Lazarethgehilfe Werner des Militär-Ehrenzeichens 2. Kl. — 5. pomm. Inf.-Reg. Nr. 42: Sternberg, Sel.-Lt., den Kronen-Orden 4. Kl. m. Schw. Für die Mannschaften werden im Ganzen 12 Militär-Ehrenzeichen 2. Kl. bewilligt. — Belobung: der Sel.-Lt. Fischer vom 1. pomm. Landw.-Reg. Nr. 2. — 7. pomm. Inf.-Reg. Nr. 54: Schwierz, Hauptm., den Rothen Adlerorden 4. Kl. m. Schw., anstatt der ihm durch Ordre vom 20. September v. J. erteilten Belobung. — Sel.-Lt., jetzt im Inf.-Reg. Nr. 75, den Kronenorden 4. Kl. m. Schw., anstatt der ihm durch Ordre vom 20. Sept. v. J. erteilten Belobung. Unteroff. Serzen, Musikleiter Ziegelmann, das Militär-Ehrenzeichen 1. Kl. Unteroff. und Lazarethgeh. Dittmann das Militär-Ehrenzeichen 2. Kl. — 1. pomm. Ulanen-Reg. Nr. 4: Wachtm. Tank das Militär-Ehrenzeichen 1. Kl., anstatt des ihm durch Ordre vom 20. September v. J. verliehenen Militär-Ehrenzeichens 2. Kl., welches dem Regiment verbleibt. — Pomm. Feld-Artillerie-Reg. Nr. 2: Gallus, Hauptmann, den Orden pour le mérite, anstatt des ihm durch Ordre vom 20. September v. J. verliehenen Kronen-Ordens 3. Kl. m. Schw. — Pomm. Train-Bataillon Nr. 2: v. Raumer, Rittmeister, Schulz, Sel.-Lt., jetzt Pr.-Lt. im Garde-Train-Bataillon, den Kronenorden 4. Kl.

Feld-Lazareth des II. Armeekorps. Feld-Lazareth-Direktion: Krulle, Oberstabsarzt, Feld-Lazareth-Direktor, den Kronenorden 3. Kl. Karpiniski, Assistenzarzt, den Kronenorden 4. Kl. — 1. schweres Feld-Lazareth: Starke, Oberstabs- und Chefarzt, Leibel, Stabsarzt, Scheidemann, Stabsarzt, den Rothen Adlerorden 4. Kl. Ziemsen, Stellvert. Stabsarzt, den Kronenorden 4. Kl. Für die Unterbeamten, Lazarethgehilfen und Mannschaften werden im Ganzen 5 Allgemeine Ehrenzeichen, davon zwei am Bande des Rothen Adlerordens mit dem schwarzen Streifen, bewilligt. — Belobungen: die Assistenzärzte André, Döring, v. Gabelberg und Ernesti. — 2. schweres Feld-Lazareth: Wagner, Oberstabs- und Chefarzt, Roewer, Stabsarzt, den Rothen Adlerorden 4. Kl. Wissener, Assistenzarzt, Stehmann, Assistenzarzt, den Kronenorden 4. Kl. Für die Unter-Beamten, Lazarethgehilfen und Mannschaften werden im Ganzen 5 Allgemeine Ehrenzeichen, davon zwei am Bande des Rothen Adlerordens mit dem schwarzen Streifen, bewilligt. — Belobungen: Assistenzarzt v. Weißmann. — 2. leichtes Feld-Lazareth: Tiburtius, Stabsarzt, den Kronenorden 4. Kl. — Belobung: der Stellvert. Stabsarzt Kugler, Assistenzarzt Preuge und Stabs-Apotheker Sprengel.

Caamin, 17. Januar. In Betreff der Wahlen zum norddeutschen Parlamente ist hier von allen Parteien, so viel man sehen kann, noch wenig Mühe geübt worden. Es trägt dazu bei, daß wegen der mangelnden Plätze die Auswahl eine außerordentlich geringe ist (es möchten im Kreise kaum viel mehr als zwei bis drei Männer zu finden sein, die geneigt und im Stande sind, ein solches Mandat anzunehmen), ferner daß man bei der Neuheit und Ungewohnheit der direkten Wahlen das Resultat so wenig übersehen kann. Genannt sind als Kandidaten der General-Land-schafts-Direktor v. Köller auf Rantref und der Erblandmarschall v. Flemming auf Vassenhain. Als Stimmung der hiesigen Konservativen kann man bezeichnen, daß dieselben nicht geneigt sind, einem altliberalen Kompromiß-Kandidaten ihre Stimme zu geben, sondern sich entweder der Stimme zu enthalten oder es auf Zersplitterung der Stimmen ankommen zu lassen, da die Erfahrung bisher gelehrt hat, daß die Altliberalen in den entscheidenden Fragen immer das Gewicht der Demokraten vermehrt haben.

Stralsund, 17. Januar. Heute wurde in der St. Marienkirche der neue Diakon an dieser Kirche, Herr Pastor Frand, durch den Superintendenten Herrn Regierungsrath und Konsistorialrath Dr. Ziemssen in sein Amt eingeführt, worauf Herr Pastor Frand seine Antrittspredigt hielt.

Neueste Nachrichten.

Hamburg, 17. Januar, Abends. Nach einem Telegramm der „Börsenhalle“ aus Rio de Janeiro vom 23. Dezember v. J. betrugen die Gesamtanladungen an Kaffee 65,246 Sad. Davon gingen nach der Elbe und dem Kanal 22,358, nach der Ostsee 8500, nach Nordamerika 13,000 Sad. Der Vorrath hat sich um 30,000 Sad vermehrt; Preise unverändert. Fracht ist zurückgegangen um reichlich 5 Schilling. Von Santos wurden abgeladen 9389 Sad.

Wesl, 17. Januar, Mittags. Die Magnatentafel nahm in heutiger Sitzung einstimmig die Adresse des Unterhauses gegen die Verordnung, betreffend die Heeresergänzung, an. Graf Gytray sprach für die Revision der Gesetze von 1848.

Florenz, 17. Januar. Einer Mittheilung der „Opinione“ zufolge sind die Unterhandlungen bezüglich der Bischöfe beendet. Der Papst und der Kardinal Antonelli werden den Staatsrath Tonello nächstens in einer Abschiedsaudienz empfangen.

Kopenhagen, 17. Januar, Abends. Auf Seeland, Fünen, in Jütland und Schleswig ist der Eisenbahnbetrieb gehemmt; in Jütland wüthet ein Schneesturm von Nordnordost. In Langaa erreicht der lagernde Schnee die Telegraphenbrähre, um Viborg beträgt seine Höhe 14 Fuß.

Petersburg, 17. Januar, Abends. Der Fürst von Mingrellen, Dabian, hat an den Kaiser von Rußland freiwillig für sich und seine Nachfolger seine Souveränitätsrechte gegen eine Willkür abgetreten.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Berlin, 18. Januar. Abgeordnetenhaus. Der Antrag Lasker's, betreffend den Hypotheken-Entwurf (? Aufhebung der Zinsbeschränkungen auch für den Hypotheken-Verkehr), mit dem Amendement Lasker's, die Kündigungsfrist betreffend, ist mit großer Majorität angenommen, nachdem die Regierung erklärt hat, sie wolle dem amendirten Entwurf nicht widersprechen und bemüht sein, demselben im Herrenhause Annahme zu verschaffen.

Paris, 18. Januar. Wegen starken Schneefalles wurde gestern der Eisenbahndienst zwischen Lyon und dem Mittelmeere eingestellt. Die telegraphische Ordre ist erteilt, den indo-chinesischen Postdampfer in Marseille bis zur Ankunft des Spezialzuges zu verzögern. Heute jedoch sind die Bahnen Lyon-Marseille und Lyon-Macon-Genf wieder frei.

Die „France“ demontirt die Gerüchte von russischen und österreichischen Truppenbewegungen nach Galizien.

Der „Temps“ versichert: Mehrere Großmächte dringen darauf, daß die Pforte wegen der orientalischen Frage die Initiative zur Berufung einer Konferenz ergreife.

Börsen-Berichte.

Stettin, 18. Januar. Witterung: trübe. Temperatur — 1° R. Wind: S.

Weizen anfangs niedriger, schließlich fester, loco pr. 85 Pfd. 80—89 $\frac{1}{2}$ bez., bunter und weißer 83—90 $\frac{1}{2}$ bez., 88—86 Pfd. gelber Frühj. 88, 87, 87 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ bez. Mai-Juni 88 $\frac{1}{2}$ bez.

Roggen matt, pr. 2000 Pfd. loco 55—56 $\frac{1}{2}$ bez., Frühjahr 55 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ bez. u. Br., Mai-Juni 55 $\frac{1}{2}$ bez., Juni-Juli 56 Br. Gerste loco pr. 70 Pfd. 49—51 $\frac{1}{2}$ bez., Frühjahr 69—70 Pfd. schief. 51 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br., 50 $\frac{1}{2}$ bez.

Safer loco pr. 50 Pfd. 29—30 $\frac{1}{2}$ bez., 47—50 Pfd. Frühjahr 31 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br. $\frac{1}{2}$

Erbisen loco Futter- 53—55 $\frac{1}{2}$ bez., Frühjahr Futter- 58 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br. 57 $\frac{1}{2}$ bez.

Lupinen, gelbe 38—40 $\frac{1}{2}$ bez. Wicken loco 52—54 $\frac{1}{2}$ bez.

Rübsöl loco 12 $\frac{1}{2}$ bez., Januar u. Januar-Februar 11 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br., April-Mai 12 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br.

Spiritus matt, loco ohne Faß 16 $\frac{1}{2}$ bez., Januar-Februar 16 $\frac{1}{2}$ bez., u. Br., Frühjahr 16 $\frac{1}{2}$ bez., u. Br., u. Br., Mai-Juni 17 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br., 17 $\frac{1}{2}$ bez.

Berlin, 18. Januar, 1 Uhr 56 Min. Nachmittags. Staatsanleihe 85 bez. Staatsanleihe 4 $\frac{1}{2}$, 99 $\frac{1}{2}$ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 136 bez. Stargard-Potsdamer Eisenbahn-Aktien 95 bez. Dessler. National-Anleihe 52 $\frac{1}{2}$ bez. Pomm. Pfandbriefe 89 $\frac{1}{2}$ bez. Oberschlesische Eisenb.-Aktien 176 $\frac{1}{2}$ bez. Amerikaner 76 $\frac{1}{2}$ bez.

Roggen Januar 57 bez., 56 $\frac{1}{2}$ bez., Januar-Februar 56 $\frac{1}{2}$, 55 $\frac{1}{2}$ bez., Frühjahr 56 bez., 55 Br. Rübsöl loco 12 $\frac{1}{2}$ bez., Januar 12, 12 $\frac{1}{2}$ bez., Januar-Februar 11 $\frac{1}{2}$ bez., April-Mai 12 $\frac{1}{2}$ bez., 12 $\frac{1}{2}$ Br. Spiritus loco 16 $\frac{1}{2}$ bez., Januar-Februar 16 $\frac{1}{2}$ bez., 16 $\frac{1}{2}$ bez., Februar-März 16 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ bez., April-Mai 17 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ bez.

Stettin, den 18. Januar.

Berlin	kurz	—	Pom. Chaus-	5	—
St. Anl. 5457	4 $\frac{1}{2}$	99 G	ban-Obligat.	—	—
St. Schldsch.	3 $\frac{1}{2}$	85 G	Used. - Wollin.	—	—
P. Präm.-Anl.	3 $\frac{1}{2}$	85 G	Kreis-Oblig.	5	—
Pomm. Pfdbr.	3 $\frac{1}{2}$	89 $\frac{1}{2}$ G	St. Str.-V.-A.	4	—
"Kontob.	4	—	Pr. Nat.-V.-A.	4	115 B
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Pr. Sec.-Assec.	—	—
à 500 Rtl.	4	—	Comp.-Act...	4	664 G
Berl.-St. Eis.	4	136 G	Pomerania...	4	111 G
Act. Lt. A. B.	4	—	Union.....	4	102 $\frac{1}{2}$ B
"Prior.	4 $\frac{1}{2}$	—	St. Speich.-Act.	5	—
Starg.-P.E.A.	4 $\frac{1}{2}$	93 G	V.-Speich.-A.	5	—
"Prior.	4	93 $\frac{1}{2}$ G	Pomm. Prov.	—	—
Stett. Stdt.-O.	4 $\frac{1}{2}$	98 G	Zuckers.-Act.	5	—
Stett. Börsb.	4	—	N. St. Zucker-	—	—
Obligationen	5	—	Sieder.-Actien	4	—
			Mesch. Zucker-	—	—
			Fabrik-Anth.	4	—
			Bredower	4	—
			Walzmühl.-A.	5	—
			St. Portl.-Cem.	—	—
			Fabrik.....	4	—
			Stett. Dampf	—	—
			Schlepp-Ges...	5	250 B
			Stett. Dampf-	—	—
			schiffs-Verein	5	—
			N. Dampfer-C	4	95 B
			Germania....	4	100 B
			Vulkan.....	4	68—69 bz
			Stett. Dampf-	—	—
			mühlen-Ges...	4	101 G
			Pommerend.	—	—
			Chem. Fabrik	4	—
			Chem. Fb.-Ant.	4	—
			Stettin. Kraft-	—	—
			Dünger-F.-A.	—	—
			Gemeinnützige	—	—
			Banges.-Anth.	5	—